Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 300. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 1. Juli 1878.

Fahrende Politiker.

Es war keine glückliche Stunde, in welcher das Organ der „neuen Partei" in Breslau ein Schlagwort gebrauchte, das zur Herabsetzung eines politischen Gegners dienen soll, uns aber das innerste Wesen des conservativen Streberthums kennzeichnet, das von dem gedachten Organ gepflegt wird. Es sei ferne von uns, jene Suffisance zu entwickeln, jenen beleidigenden Ton anzuschlagen, worin sich der publicistische Anwalt gefällt, welcher gegen den Liberalismus einen Hochverrathsproceß anstrengt und patriotischtreue Vertreter des deutschen Bürgerthums in die Proscriptionsliste setzt. Der Ernst der Stunde ist zu groß, um darauf zu achten, wie etwas gesagt wird; wir wollen nur streng sachlich untersuchen, was man auf jener Seite anstrebt, mit welchen Mitteln es angestrebt wird, und woher die sittliche Berechtigung zu solchem Vorgehen stammt, die man uns bisher nicht nachgewiesen.

Die letztere Legitimation wollen wir zuerst prüfen. Ein Blatt, das bisher im Laufe des Quartals zwischen liberalen und conservativen Anwandlungen herumgeschwankt ist, und sich erst in letzter Zeit auf einer genauer zu fixirenden Fährte bewegt, darf deshalb noch nicht den Anspruch erheben, daß man die eigenthümliche seiner Wandlungen übersieht. Wir Alle wissen, daß die Auflösung des Reichstages dem Einflusse des Reichskanzlers zuzuschreiben ist, welcher hierfür die Zustimmung des stellvertretenden Hüters der deutschen Kronrechte und des Bundesrathes gewonnen hat. Diese Thatsache verschleiert das Organ der neuen Partei, indem es in Widerspruch mit constitutioneller Sitte und echter Loyalität die erhabene Person unseres geliebten Kaisers und jene des nicht minder populären Kronprinzen in die Wahl-Arena hineinzerrt. Neben diese Speculation auf unsere unauslöschliche Sympathie für die Dynastie und ihre erlauchten Repräsentanten ist es aber noch ein anderer Grund, der die Staatsretter in Breslau veranlaßt, den Namen des Fürsten Bismarck zu verschweigen. Es sind erst wenige Jahre her, seitdem der Schöpfer der deutschen Einheit und der höchste Vertrauensmann des Kaisers Angriffe von dem Organe zu erdulden hatte (Affaire Arnim ꝛc.), welches heute vorgiebt, seine Pläne fördern zu wollen. Wenn diese Fahnenjunker zur Abwechselung jetzt wieder das Banner des Fürsten Bismarck entrollen, so ist es zeitgemäß, ihre Versuche, dasselbe zu beflecken, in Erinnerung zu bringen. Dem Patrimonial-Politiker der Gegenwart, der den Patriotismus als ein Privilegium für sich in Anspruch nimmt, mangelt leider nur zu häufig jener ritterliche Sinn, den selbst der Durchschnittsmensch selten verläugnet. Zugleich hat ersterer die Kunst erlernt, den Fehdehandschuh nach Belieben umzudrehen. Gehört aber ein gewohnheitsmäßiges Reisläuferthum nicht zu den Eigenschaften, durch die sich die „fahrenden Leute" in der Politik auszeichnen?

Freilich die Definition unserer Gegner ist eine etwas andere. Ihr Schlagwort beruht auf der Annahme, daß die Deutschen heute noch ein „Volk von Kleinstädtern" sind, daß dieselben Jeden mit Mißtrauen empfangen, der mit ihnen nicht unter demselben Kirchthurmsschatten herangewachsen, mag er auch hinlängliche Beweise für sein nationales Denken und Fühlen gegeben haben. Wie es scheint, will die „neue Partei" auch die politische Freizügigkeit abschaffen und die Wahlfähigkeit auf Hausherren und Grundbesitzer einschränken. Am seltsamsten ist es aber, wenn Männer, welche den Degen mit der Feder vertauscht haben, jetzt den Ruf erheben: „Hinaus mit den Schriftstellern aus dem Parlamente." Könnte, wenn diese Parole verallgemeinert würde, nicht auch die „neue Partei" ins Gedränge mit ihren Candidaten kommen?

Welche bodenlose Unkenntniß der Personen und Verhältnisse setzt man bei den Wählern voraus, die zum Hammelsprung für den großen Unbekannten „des neuen Wahlvereins" commandirt werden sollen?

Um was handelt es sich in dem vorliegenden Falle? Ein von den vereinigten liberalen, im besten Sinne reichstreuen Parteien aufgestellter Reichstagscandidat soll bekämpft werden. Es geschieht dies, wie ja die Arrangeure der Gegenbewegung selbst zugestehen, ohne jede Aussicht auf Erfolg, man müßte denn das Durchdringen eines Socialdemokraten als solchen betrachten, eine Eventualität, welcher die Männer des „frischen Blutes" mit „leichtem Herzen" entgegen gehen. Ist der von den Liberalen in Aussicht genommene Vertreter des Volkes wirklich ein heimathloser Emporkömmling, wie von Seite der bewußten und unbewußten Conservativen behauptet wird? Nun der Mann, den sie auf das Schild heben wollen, könnte, wenn er selbst obsiegen würde, nur denselben Rechtstitel aufweisen, wie unser Candidat, den sie bekämpfen, d. i. das Vertrauen der Mitbürger. Welche Verdrehung der Begriffe, welches sykophantische Gebahren, ihn von vornherein als illegitimen Vertreter des Volksgewissens hinzustellen. Der Wahltag hat zu entscheiden, er wird entscheiden, wem die öffentliche Meinung den Vorzug giebt. Jeder Spruch vor diesem Urtheil ist ein wenig ehrenvolles Parteimanöver.

Das führt uns naturgemäß zu den Mitteln, mit welchen unser Candidat bekämpft wird. Daß die Person des Kaisers in die Frage hineingezogen, daß nicht jede, wohl aber diese Wiederwahl als eine directe Verletzung der Ehrfurcht, die man dem Willen des Monarchen schuldet, hingestellt wird, wurde bereits erwähnt. Zwar haben sich weder der Kaiser noch der Reichskanzler direct ausgesprochen, es sind die Neuwahlen nur angeordnet worden, um dem Volke Gelegenheit zu geben, zu den schwerwiegenden Ereignissen der jüngsten Gegenwart nach Wissen und Gewissen Stellung zu nehmen; aber die conservativen Faiseure haben sich den officiösen Mantel geborgt und interpretiren den Willen des Kaisers nach ihrem Parteiinteresse. Ja selbst die übrigen Bundesfürsten werden in das falsche Spiel hineingemischt, gleichzeitig die großpreußische Tradition präsentirt, dem Willen des geeinigten deutschen Volkes aber nur insoweit Werth beigemessen, als es dem als „praktischen Liberalismus" maskirten reactionären Streberthum sich dienstbar macht. Dieser praktische Liberalismus schwebt aber in der That in sehr luftigen Regionen, wenn er nicht mit Bewußtsein die politische Lüge cultivirt. Die doctrinärste von allen doctrinären Parteien ist diejenige, welche angeblich keine Partei sein will. Die unredlichste Taktik im politischen Leben bleibt die, wenn man mit einem Fuße in dem einen Lager, mit dem zweiten in einem andern steht. Unzurechnungsfähigkeit oder Verrath ist es, wenn Männer dem neuen Wahlverein beitreten, und auch fernerhin einem der beiden liberalen Wahlvereine angehören wollen, obgleich ersterer eine Candidatur, die von letzterer Seite aufgestellt wird, bekämpft. Dulden aber die Führer der Partei des frischen Blutes einen solchen Misch-Masch — und sie haben es bis jetzt gethan — so beweist dies, daß sie ihr Ziel nicht auf geradem Wege erreichen, daß sie vielmehr im Trüben fischen wollen. Daß diese Taktik ehrlich sei, wird Niemand behaupten können, ebensowenig, wenn man die Gefahren der socialdemokratischen Candidaturen absichtlich verschleiert. Schließlich erinnern uns die in der constituirenden Versammlung des „neuen Wahlvereins" gefallenen Worte, daß trotz der zehn Jahre liberaler Gesetzgebung die Verarmung des Volkes immer mehr zunehme, an die abgebrauchtesten Künste der socialen Demagogen, welche Ursachen und Wirkungen, die gar nicht oder höchstens in nebensächlicher Beziehung stehen, ungenirt mit einander verknüpfen, zu keinem anderen Zwecke als zur Erregung von Mißstimmungen, zur Aufreizung gegen bestehende Institutionen. Vor dem Verdachte, ihre Zwecke mit unreinen Mitteln zu verfolgen, wird sich die neue Partei nur dadurch reinigen können, wenn sie aufhört, anonym zu sein. Schämt sie sich, conservativ zu heißen, weil sie sich hinter dem fadenscheinigen Schlagworte des praktischen Liberalismus versteckt? Scheut sie sich, als stricte Regierungspartei aufzutreten, weil sie nur mit dem Vorbehalte in die Action tritt: „Der Reichskanzler absolut, wenn er unsern Willen thut"?

Wir könnten noch manches über die versteckten Führer der neuen Partei sagen, deren Hauptwitz darin besteht, das laisser-faire-Gespenst erscheinen zu lassen, und Denjenigen, die auf ihr Wort bauen, die rasche Wegschaffung aller Nöthen und Sorgen zu versprechen. Diesen politischen Spiritisten kommt es sehr zu Gute, daß der Aberglaube an staatliche Wundermittel noch stark verbreitet ist. Dieser Aberglaube, welcher den egoistischen Gelüsten so sehr schmeichelt und keine Selbstverleugnung zum Wohle des Ganzen verlangt, frägt auch nicht danach, ob der Schwarzkünstler, der sich ihm producirt, das geringste positive Wissen von dem Kreislauf des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, ob er das A B C der Humanität erlernt hat, das darin steht, alle Mitbürger ohne Rücksicht auf ein besonderes Glaubensbekenntniß als ebenbürtig zu betrachten. Wenn der Parteistifter verrotteten Vorurtheilen und schlimmen Instincten huldigt, so vergessen selbst die vielen anständigen und ehrlichen Leute, welche in seinem Netze gefangen sind, darauf, daß man in der civilisirten Welt auch bei staatlichen Neubauten kein Opfer mehr zu schlachten pflegt, daß es vielmehr Aufgabe der modernen Gesellschaft ist, alle Elemente zu ihren Culturzwecken heranzuziehen. Die größten Schwierigkeiten bereiten ihr hierbei jedenfalls die übertünchten Conservativen der Sorte, wie sie in der „neuen Partei" zu Breslau aufgetaucht sind. Aber auch gegen diese werden wir keinen Verfolgungsruf erheben, keine Proskription aussprechen, wir werden nur bemüht sein, sie im offenen und ehrlichen Wahlkampfe zu besiegen. Unseren liberalen Gesinnungsgenossen erwächst aber angesichts der conservativen Umtriebe, angesichts der Pflichtvergessenheit einer als staatstreu sich geberdenden Zwitterpartei, die aus Rancune oder Streberthum die Wahloperationen der Socialdemokratie erleichtert, die doppelte Pflicht, wie ein Mann an der Urne zu erscheinen und zu beweisen, daß sich Breslau weder von der rothen noch von der buntschillernden Demagogie überrumpeln läßt.

Deutschland.

Berlin, 29. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Berg-Revierbeamten, Bergmeister Dr. Stein zu Kirchen, zum Ober-Bergrath ernannt; dem Rechtsanwalt und Notar Cremer in Bochum bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Justizrath; und dem bei der Direction für die Verwaltung der directen Steuern in Berlin angestellten Regierungs-Secretär Domke den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Se. Majestät der König hat der Wahl des Rectors Gustav Wiegand an der bisherigen höheren Bürgerschule zu Bockenheim, Regierungsbezirk Kassel, zum Director derselben, jetzt zu einer Realschule zweiter Ordnung erhobenen Anstalt bestätigt.

Der mit der commissarischen Verwaltung des Staatsarchives zu Aurich beauftragte Archiv-Secretär Dr. Karl Herquet ist von Breslau nach Aurich versetzt und zum Staatsarchivar daselbst ernannt, — der Archiv-Assistent Dr. Erich Joachim als Archiv-Secretär bei dem Staatsarchive zu Idstein angestellt worden. — Der ordentliche Seminarlehrer Erwin zu Friedrichshoff ist an das Schullehrer-Seminar zu Osterode versetzt worden. An dem Schullehrer-Seminar zu Drossen ist der bisherige Seminar-Hilfslehrer Graßmann zu Oranienburg als ordentlicher Lehrer angestellt worden. Bei der Realschule am Zwinger zu Breslau ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Wilhelm Richter zum Oberlehrer genehmigt worden. Der Ober-Provisor Dr. Karl Johannes Ernst Ulrich Hörmann ist zum Hof-Apotheker und der Ober-Apotheker Johannes Friedrich Rudolf Hartung zum Ober-Provisor der Königlichen Hof-Apotheke in Berlin ernannt worden. — Der Ober-Bergrath Follenius ist von Halle nach Bonn versetzt worden. Dem Ober-Bergrath Dr. Stein ist die Stelle eines etatsmäßigen Mitgliedes bei dem Collegium des Ober-Bergamts zu Halle a. S. übertragen worden. Der Berg-Revierbeamte, Bergrath Riehn, ist von Stolberg a. Harz nach Kirchen, im Ober-Bergamtsbezirk Bonn, versetzt worden.

Berlin, 29. Juni. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing heute den Besuch Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz, der mit Allerhöchstderselben dinirte.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] fuhr gestern Nachmittag 3½ Uhr nach Neu-Babelsberg, stattete Ihrer Königlichen Hoheit der Landgräfin von Hessen in Glinike einen Besuch ab und begab Sich demnächst nach dem Neuen Palais. Um 6 Uhr fand bei den Kronprinzlichen Herrschaften im Neuen Palais ein größeres Diner statt, zu welchem an den ehemaligen Präsidenten, General Grant, den amerikanischen Gesandten, Bayard Taylor, mehrere Minister und andere Personen von Distinction Einladungen ergangen waren. Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz verblieb die Nacht im Neuen Palais. (R.-Anz.)

× **Berlin**, 29. Juni. [Die fortschrittlichen und nationalliberalen Wähler des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises] waren am 28. d. M. im Borsig'schen Locale (Chausseestraße 1) sehr zahlreich versammelt. Herr Professor Dr. Virchow, mit stürmischem Beifall begrüßt, äußerte sich ungefähr folgendermaßen: Daß in diesem Wahlkreise ein Socialdemokrat gewählt worden, sei gar nichts Abnormes. Ein großer Theil der Wähler habe mit den Socialisten gestimmt, weil sie ihre seit Jahren auf die liberalen Parteien gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt sahen und sie es deshalb einmal mit den Socialdemokraten versuchen wollten, und ein anderer Theil habe geglaubt, ein socialdemokratischer Abgeordneter könne sofort die schlechten Zeiten ändern. Jetzt dürfte es etwas anders liegen. Die erst bezeichnete Kategorie dürfte inzwischen die Gefährlichkeit ihres Experiments erkannt haben und auch die andere Kategorie werde eingesehen haben, daß bloße socialistische Lehren kein Brot geben. Arbeiter, die sich mit Politik beschäftigen, sollten sich doch auch mit den finanziellen Staatsverhältnissen vertraut machen, um einsehen zu können, daß die Noth nicht blos auf dem Arbeiter laste, sondern daß sie sich vom Handel und der Industrie auch auf die staatlichen Finanzverhältnisse übertrage. Die Gegner von der Rechten machen die Fortschrittspartei für das Anwachsen der Socialdemokraten verantwortlich und verlangen für die Regierung Vollmachten, um die Socialdemokratie wieder auszurotten. Wie man das machen wolle, weiß Niemand. Meuchelmörder à la Nobiling könne man durch kein Gesetz unmöglich machen. Obwohl er (Redner) auch der Meinung sei, daß der Umgang mit verkehrten Leuten bei gewissen Charakteren eine derartige ruchlose That wie die des Nobiling zur Reife bringen können, so sei die unmittelbare Mitschuld der Socialdemokratie an diesem Verbrechen noch in keiner Weise erwiesen. Auf Grund der bisherigen Zeitungsnachrichten, die täglich anders lauten, könne man wenigstens kein solches Urtheil fällen. Dadurch, daß man den Socialisten keine Versammlungsfreiheit mehr gewähre, mache man das Uebel blos noch schlimmer. Das gegenwärtige, aus dem Jahre 1850 datirende Vereinsgesetz sei mit den aus der Socialistenbewegung unter der Herrschaft Louis Philippe's und der Pariser Junischlacht von 1848 gesammelten Erfahrungen gemacht worden. Damals habe man bereits gewähnt, daß die Socialdemokraten die Ehe, die Familie, das Eigenthum, die Religion ꝛc. abschaffen und eine Art von Polizeistaat errichten wollen. Das preuß. Vereinsgesetz sei auch keineswegs ein Gesetz zur Versammlungsfreiheit, sondern wie ja ganz direct ausgesprochen: es sei gegeben worden, um die große Versammlungsfreiheit zum Wohle des Staates und der Gesellschaft zu beschränken. Und dies Gesetz gebe ja auch den beaufsichtigenden Polizeibeamten das Recht, sobald in einer Versammlung ungesetzliche Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung zu ungesetzlichen Handlungen durchblicken lassen, die Versammlung aufzulösen. Für wen existirte denn aber bis vor wenigen Jahren die Versammlungsfreiheit? Als die Socialdemokratie noch nicht so sehr ausgebreitet war, da habe lediglich der Tölcke'sche Stock entschieden: ob und wie in Berlin eine Versammlung stattgefunden habe. Für andere Parteien existirte eine Versammlungsfreiheit in der That nicht mehr. Und daß die Herren Lassalle und v. Schweitzer Beziehungen zur Regierung gehabt, stehe außer allem Zweifel. Nun auf einmal solle die Socialdemokratie ein solches Phänomen geworden sein, daß das ganze bisherige factische System über den Haufen geworfen werden müsse. In Wirklichkeit handle es sich aber um die Vernichtung der liberalen Parteien. Diese seien nun allmälig an der Grenze ihrer Nachgiebigkeit angelangt. Sie wollen sich das Geldbewilligungsrecht wahren und nicht unsinnigen Steuerreformen, die ganz ungerechte Steuererhöhung zur Folge haben würden, zustimmen. Nicht die liberalen Parteien, sondern das gegenwärtige Kirchen- und Schulsystem, aus dem ein Menschengeschlecht hervorgehe, das keinen sittlichen Halt habe, dem alle Bedingungen fehlen, um sich eine in geistiger und materieller Beziehung unabhängige Stellung in der Gesellschaft zu verschaffen, trage die Schuld an der großen Ausbreitung der Socialdemokratie. (Lebhafter Beifall.) Das ganze staatliche System sei krank. Oben herrsche der krasseste Absolutismus und unten die krasseste Demokratie. Es herrsche und zwar nicht blos in den Kreisen der Socialdemokraten ein noch nie dagewesener Egoismus. Er hoffe jedoch, daß die liberalen Parteien auch diese Gefahren überstehen werden. Neue Freiheiten könne kein Abgeordneter dem Volke versprechen, man müsse jetzt froh sein, wenn man die bisherigen erhalten könne. Er rathe daher Männer in den Reichstag zu wählen, die wohl nicht versprechen, daß sie vermögen werden vorwärts zu dringen, aber bereit seien unentwegt auf dem Platze zu stehen. (Stürmischer lang anhaltender Beifall.) — Der Vorsitzende, Herr Keilpflug, theilte hierauf mit, daß Herr Professor Dr. Virchow definitiv erklärt habe, eine Candidatur nicht annehmen zu können, daß jedoch in diesem Falle Herr Kreis-Gerichts-Rath Klotz sich bereits erklärt habe in diesem Wahlkreise zu candidiren. (Stürmischer Beifall.) — Der Vorsitzende des nationalliberalen Wahlvereins für den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis, Herr Dr. Lortzing, erklärte Namens seiner Partei, daß dieselbe mit Freuden Herrn Kreis-Gerichts-Rath Klotz ihre Stimme geben würde. Danach wurde Letzterer einstimmig als Candidat für den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis proclamirt.

= **Berlin**, 30. Juni. [Vom Congreß. — Arbeiten des Bundesrathes.] In der gestrigen Sitzung des Congresses wurden zunächst die griechischen Bevollmächtigten eingeführt und gehört. Sowohl der Minister Delyannis als der Gesandte Rigos Rangabe verlasen ein Memorandum; die Schriftstücke waren indessen so umfangreich, daß die Verlesung einen sichtlich erschöpfenden Eindruck machte. Nach Beendigung ihres Vortrages erklärte der Vorsitzende den griechischen Bevollmächtigten, daß ihre Wünsche von dem Congreß geprüft werden und von demselben Beschluß gefaßt würde, worauf die Herren den Saal verließen. Es wurde im Weiteren über die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch die Oesterreicher verhandelt. Die Türken setzten ihren Protest dagegen fort und wollen sich wenigstens nur sehr bedingungsweise zu dem Einmarsch verstehen. Der Congreß wird sich auf diese Bedingungen nicht einlassen; doch ist und bleibt die Frage, ob und in wie weit der Einmarsch in Folge eines europäischen Mandats erfolgen wird, noch immer offen, und wenn auch, wie wir bereits gemeldet haben, eine prinzipielle Uebereinstimmung des Congresses für den Einmarsch vorhanden ist, so wird die Form der Ermächtigung dazu, wenigstens soweit sich dies bis jetzt beurtheilen läßt, vielleicht doch nicht ganz den Wünschen der Oesterreicher entsprechen. Nicht uninteressant ist es übrigens, daß Kundgebungen der Bosniaken keineswegs der österreichischen Occupation günstig lauten. Die nächste Sitzung wird morgen (Montag) stattfinden und soll der Debatte über die rumänische Angelegenheit gewidmet sein. Es haben die rumänischen Bevollmächtigten auch bereits eine Einladung erhalten, um wie die griechischen, ihre Wünsche vorzutragen. Den Angelpunkt derselben betrifft den Protest gegen die Retrocession Bessarabiens. Die Aussichten Rumäniens, nach dieser Richtung hin ihre Wünsche erfüllt zu sehen, sind durchaus geringe, zumal da Rußland unverrückt daran festhält, den Theil von Bessarabien zu behaupten, den es für seine Etappen-Verbindungen durchaus nicht entbehren will. Uebrigens scheint man auch den griechischen Bevollmächtigten in den Vorbesprechungen bereits zur Genüge klar gemacht zu haben, daß sie keine allzugroßen Hoffnungen auf die Erfüllung ihrer Forderungen setzen dürften. Man giebt den Ansprüchen der Türkei verhältnißmäßig das Möglichste nach und ist daher umsomehr darüber ungehalten, daß die Türken so schwer sich in das Unvermeidliche fügen und die Congreßverhandlungen direct oder indirect zu erschweren suchen. — Ueber die Aufgaben, welche der Congreß noch zu lösen hat, sei noch das Folgende angeführt. Durchzuberathen ist noch die griechische Frage mit dem Anschluß an West-Rumelien, die Donaufrage im Verein mit der Regulirung der Grenzen von Bessarabien, die rumänische Frage, bei welcher Gelegenheit die Stellung der Juden in Rumänien discutirt werden soll. Sodann hat man sich noch zu verbreiten über sämmtliche Finanzfragen und über die Ansprüche der türkischen Staatsgläubiger, endlich wird man sich der asiatischen Frage einschließlich der Ansprüche der Armenier zuzuwenden haben. Es erhellt hieraus, daß der Congreß nicht ohne besondere Anstrengung in der Lage sein wird, in etwa 8 Tagen seine Arbeiten zu beschließen, wie das projectirt war. Jedenfalls wird nach dem Schlusse des Congresses den Ausführungscommissionen noch eine recht erhebliche Arbeit zuwachsen. Dies aber darf als feststehend angesehen werden, daß sowohl Fürst Bismarck als Graf Beaconsfield nicht vor dem Schlusse

des Congresses Berlin verlassen werden. — Der Bundesrath wird seine jetzt in der Schwebe befindlichen Arbeiten in 14 Tagen abschließen, jedoch nach einmonatlicher Pause, also am 15. August, seine Thätigkeit wieder aufnehmen.

Berlin, 30. Juni. [Zur Einführung der Paßpflicht. — Berliner Wahlen.] Es ist hier das beinahe unglaubliche Gerücht verbreitet, daß selbst das Berliner Polizeipräsidium von dem Erscheinen der kaiserlichen Verordnung, welche die Paßpflicht für Berlin wieder einführt, gewissermaßen überrascht sei. Auf die Vorstellungen der hiesigen Polizeibehörde soll denn auch die gestrige Note im „Reichsanzeiger" zurückzuführen sein, wonach nicht beabsichtigt wird, an den Bahnhöfen eine Paßcontrole einzuführen. Man hat sich jedenfalls überzeugt, daß derartige Einrichtungen bei der ungeheueren Entwickelung, die der Personenverkehr der hier einmündenden zehn Bahnen erfahren hat, gar nicht mehr getroffen werden können. Es handelt sich also der halbamtlichen Mittheilung zufolge nur darum, „die Paßcontrole in Verbindung mit einem zweckmäßig zu regelnden Meldewesen auszuüben". Die letztere Andeutung läßt vielleicht darauf schließen, daß man jetzt den Versuch machen will, die Hausbücher, zu deren Führung jeder Hauswirth verpflichtet sein soll, trotz des Widerspruchs, den sie bisher immer beim Publikum gefunden haben, in Einführung zu bringen. Uebrigens darf man nicht glauben, daß bisher etwa bei den Neuanziehenden keine Controle stattgefunden habe, vielmehr hielt die Polizei in den letzten Jahren strenge darauf, daß jeder den „Abmeldeschein" von der Polizeibehörde des Ortes, wo er zuletzt gewohnt, vorweise. Wer denselben nicht binnen einer bestimmten Frist beibringen konnte, wurde mit einer Ordnungsstrafe belegt. Durch die Erklärung des „Reichsanzeigers" ist die Befürchtung, die sich der guten Berliner Bürger bei der Kunde von der kaiserlichen Verordnung bemächtigt hatte, einigermaßen gehoben worden. Vorsichtige Leute hatten sich bereits für die Sonntagsausflüge nach Spandau, Potsdam u. s. w. mit irgend einer Art von Legitimationspapier versehen, und die Bezirksvorsteher, welche hier derartige Bescheinigungen über Ortsangehörigkeit u. s. w. ertheilen können, sollen nie so viel Arbeit gehabt haben, wie am gestrigen Tage. — Im VI. Berliner Reichstagswahlbezirke treten jetzt die liberalen Parteien mit der sicheren Hoffnung auf den Sieg in den Wahlkampf. Gegen den Candidaten Klotz wird kein noch so weit nach rechts stehender Gegner der Socialdemokraten etwas einzuwenden haben, und die Stimmeneinmüthigkeit der „staatserhaltenden" Elemente wird stark genug sein, Herrn Hasenclever das Mandat zu entreißen. Der II. Wahlbezirk, in dem Klotz unzweifelhaft mit bedeutender Mehrheit gewählt werden wird, muß sich dann freilich zu einer Nachwahl entschließen.

[Der Congreß.] Ueber den Stand der Congreßverhandlungen berichtet „W. T. B.": Die Vorbesprechungen, welche unter dem Fürsten Hohenlohe stattfanden, denen je ein Vertreter jeder Congreßmacht beiwohnt, werden sich fortsetzen und sind berufen, die im Plenum vorkommenden Gegenstände vorzubereiten, respective Schwierigkeiten, welche im Plenum ohne längeren Aufenthalt schwerer überwunden werden, gewissermaßen als Ausschuß zu erledigen. Die Arbeiten des Plenums und dieses Ausschusses gehen neben einander, so daß das Plenum, wenn es gewisse Dinge an den Ausschuß gewiesen hat, in seinen Arbeiten bezüglich anderer Fragen fortfährt und die durch den Ausschuß zu erledigenden Sachen später vornimmt.

In der gestrigen Sitzung des Congresses verlasen die zum ersten Male erschienenen griechischen Delegirten Delyannis und Rhangabe eine längere Erklärung über die Wünsche und die Gesichtspunkte, welche im Interesse der griechischen Bevölkerung von Europa wahrzunehmen seien. Dieselben wohnten nur dem Theile der Sitzung bei, welche die griechischen Angelegenheiten betraf. Am Montag beginnt der Congreß die Berathung der bessarabischen Angelegenheit, wobei die rumänischen Delegirten gehört werden sollen. Bezüglich der Frage der Occupation Bosniens und der Herzegowina halten die Vertreter der Pforte ihren Widerspruch gegen das Einrücken österreichischer Truppen aufrecht und haben die bedenklichen Folgen geltend gemacht, welche durch den muselmännischen Fanatismus beim Einrücken hervorgerufen werden könnten.

[Vom Congresse.] Die „Times" erhält folgenden Bericht über die Sitzung vom 27. Juni. Wir reproduciren denselben, indem wir dem Weltblatte die Verantwortlichkeit für seine hochinteressanten Mittheilungen überlassen:

„Dem Beginn der gestrigen Sitzung ging eine wirklich interessante Scene voran, welche erwähnt zu werden verdient. Bald nachdem Fürst Bismarck die Sitzung für eröffnet erklärt, bat Fürst Gortschakoff um das Wort, und obwohl der Präsident ihn ermahnte, sitzen zu bleiben, erhob er sich mit sichtbarer Anstrengung und sagte dann unter einem achtungsvollen Schweigen: „Nachdem ich für mehrere Tage abgehalten war, an Ihren Berathungen mich zu betheiligen, fühle ich mich bei meinem Wiedererscheinen unter Ihnen zu einigen Bemerkungen veranlaßt, welche mir die Liebe zur Wahrheit und zu meinem Lande eingiebt. Während Ihrer letzten Berathungen haben meine Collegen (d'Oubril und Schuwaloff) im Namen Rußlands Concessionen gemacht, welche die früher im Auge gehabten bei Weitem überschreiten."

Die Mitglieder des Congresses zeigten bei dieser Rede eine leichtbegreifliche Unruhe. Der alte Fürst sprach mit zitternder und aufgeregter Stimme, hielt sich am Tische fest und schaute mit einem Blicke der Entschlossenheit auf seine Umgebung, daß diese behauptete, es handle sich um eine Zurücknahme der russischen Concessionen. Glücklicherweise war dies, wie der Nachsatz bewies, nicht der Fall.

„Ich kenne die Gefühle sehr wohl" — fuhr der Fürst fort — „welche meine Collegen bestimmten, diese Concessionen zu machen. Ich wünsche einfach zu erklären, daß Rußland diese Opfer seinem Friedenswunsche gebracht und daß es die Wahrheit gesprochen, als es sowohl vor Ausbruch des Krieges als auch Beendigung desselben erklärte, daß es einfach die Sache der Christen im Orient vertrete und kein engherziges und selbstsüchtiges Ziel verfolge, und daß, nachdem es enorme Opfer in einem Kriege, in dem es sich einzig um die Sache des Christenthums und der Civilisation handelte, gebracht hat, es nicht minder bereit ist, dem großen Werke der Friedensstiftung wovon Sie Ihre Bemühungen zuwenden, Opfer zu bringen. Ich denke, Niemand wird den Ruhm seiner Armee verunglimpfen, welche die glänzendsten Siege erfochten hat; aber Rußland wünscht, die Welt solle es erfahren, daß es bereit ist, die mit so Blut erkauften Lorbeeren mit der Friedenspalme zu vertauschen."

Der Rede folgte eine lautlose Stille, welche sich durch die innere Bewegung der Zuhörer erklären läßt. Das sich ihnen darbietende Bild des berühmten Greises, welcher den letzten Rest seiner Energie zusammennimmt, um die moralische Größe seines Landes zu vertreten, war ganz dazu angethan, die Herzen derselben zu rühren. Wenige Augenblicke darauf erhob sich Lord Beaconsfield und bat um's Wort. Er äußerte sich etwa, wie folgt: „Ich bin überzeugt, daß ich Ihren Gefühlen Ausdruck verleihe, indem ich meine hohe Bewunderung für die Rede ausspreche, welche mein edler und berühmter Freund gehalten, in der er die wahren Gefühle seines Landes zur Geltung brachte. Ich freue mich zu denken, daß es der Wunsch des Friedens war, welcher die Entscheidungen Rußlands während der letzten Berathungen bestimmte. Ich theile mich, ihm im Namen des hohen Congresses anzuerkennen, und hoffe, daß ich in allen seinen Berathungen dem gleichen Gefühle begegnen werde."

[Die Auflösung der deutschen Botschaft in Konstantinopel] und ihre Umwandlung in eine Gesandtschaft ist der „B. B.-Ztg." zufolge beschlossene Sache, und ebenso trifft es vollkommen zu, daß der bisherige Gesandte in München, Frhr. v. Werthern, als Gesandter nach Konstantinopel zu gehen.

[Ein conservatives Schlagwort und dessen Beleuchtung.] Die „Tribüne" bezeichnet es als eine eigenthümliche Erscheinung, daß gegen die angesehensten und hervorragendsten Mitglieder des bisherigen Parlaments unverstekt im Volke agitirt wird, daß man ihre Wiederwahl als gleichbedeutend mit einer „Kriegserklärung" bezeichnet, und in den Wahlkreisen, deren Vertrauen sie bisher besaßen, ihnen Namen entgegengestellt werden, die ihre politische Bedeutung nur durch die Ziffer empfangen, die vor ihnen steht! Der Reichstag soll seiner bedeutenden politischen Capacitäten, seiner Mitglieder von Ansehen und weitreichendem Einfluß unter den freisinnigen Parteien entkleidet werden und bei den kommenden Wahlen, wenn auch nicht das Gewicht der „localen", so doch dasjenige anderer Gevatter- und Günstlingsschaften zur Hebung gelangen. Das Schlagwort von den „berufsmäßigen" Parlamentariern, die den Bedürfnissen des praktischen Lebens fernstehen, zeugt von der allerflachsten, schülerhaftesten Auffassung des parlamentarischen Lebens überhaupt. In jedem Parlamente wird es Männer geben und geben müssen, deren Wirken und Einfluß in den stetigen Erneuerungsprocessen der Versammlung mehr oder minder stabil bleibt, die den festen, technisch geschulten und praktisch erfahrenen Kern des vielgegliederten Körpers bilden, ohne deren Geschäftskunde und politische Tüchtigkeit ein sicheres und schnelles Zusammenwirken der einzelnen Kräfte kaum denkbar ist. Wir haben in Deutschland nur wenig Männer, die diesem schweren, aufopferungsvollen Beruf im Dienste des Vaterlandes gewachsen sind. In jedem anderen constitutionellen Staate würde man den für einen Dummkopf ansehen, der die in diesen Männern verkörperte parlamentarische und politische Erfahrung für einen unnützen Ballast der Volksvertretung ausgäbe. Der deutschen Nation glaubt man — freilich nicht aus Unwissenheit — eine solche Verzerrung der Grundbegriffe constitutionellen Lebens bieten zu dürfen; wir sind aber der Zuversicht, daß die freisinnige Mehrheit der Nation jede derartige Degradirung ihrer höchsten politischen Vertretung, an welchem Punkte es immer sei, verhüten und wie eine unberechtigte Zumuthung energisch zurückweisen wird.

[Ueber die Frage der braunschweigischen Erbfolge] bringt die „K. Z." folgende Aufklärungen: Ein günstiges Ereigniß kann der Tod des Königs Georg V. werden, wenn sein Sohn verständig ist und seine Regierungsansprüche aufgiebt, nicht blos in Hannover, sondern auch in Braunschweig. Was würde die unvermeidliche Folge sein, wenn in Braunschweig ein kleiner Welfenthron errichtet würde? Eine Kleinstaaterei, deren die Braunschweiger müde sind wie die Waldecker, würde fortgesetzt werden; außerdem aber würde ein Mittelpunkt für alle welfischen Bestrebungen geschaffen werden, die im Frieden vielfach hinderlich und im Kriege gefährlich werden könnten. Für die welfisch gesinnten Familien würde es selbst am meisten zu bedauern sein, wenn ihre fruchtlose Opposition auf solche Weise ins Unabsehbare fortgepflanzt würde. Dagegen würde es ein Glück für sie und die gesammten braunschweigischen Lande sein, wenn Prinz Ernst August allen Regierungsansprüchen entsagte. Unserer Ansicht nach würde es überdies am besten dem bestehenden Rechte entsprechen. Das uralte welfische Haus, das in Heinrich dem Löwen seinen Glanzpunkt, aber auch seinen Niedergang erlebte, hat sich seit dem 12. Jahrhundert durch seine Theilungen geschwächt und im 16. Jahrhundert in die hannoversche und die ältere braunschweigische Linie gespalten. Dabei wurde ausgemacht, daß, wenn eine der beiden Dynastien erlösche, Hannover und Braunschweig wieder vereinigt werden sollten. Die alten welfischen Lande haben nach dem Tode des Herzogs Wilhelm Anspruch auf diese Wiedervereinigung. Eine neue künstliche Theilung würde dem Staatsrechte widersprechen, und der preußische Landtag, der seit dem 29. Januar 1869 bei der Herausgabe der sechszehn Millionen Thaler mitzureden hat wird seine Einwilligung gewiß nur dann ertheilen, wenn der Herzog von Cumberland allen Regierungs-Ansprüchen entsagt.

[Unter falscher Parteifirma.] Die „N.-L. C." schreibt: Zu unserm Bedauern sind wir gezwungen, auf einen Mißbrauch der nationalliberalen Firma hinzuweisen, der in der gegenwärtigen Wahlbewegung hie und da versucht wird. In einer Anzahl von Wahlkreisen vereinigen sich die nationalliberalen Wahlcomites mit den Conservativen, um Candidaten mit oder ohne politische Farbe aufzustellen. Eine solche Vereinigung ist geboten, wo es sich um die Bekämpfung eines starken social-demokratischen Gegners handelt. Dort wird sich ein Compromiß überall von selbst ergeben, wenn die verschiedenen Parteien sich loyal auf einen Candidaten derjenigen Richtung zusammenfinden, welche bei den letzten Wahlen die meisten Stimmen davongetragen hat. Ueberall aber, wo nicht eine solche gemeinsame Abwehr der Umsturzpartei in Betracht kommt, liegt zu einem derartigen Zuammengehen zwischen Nationalliberalen und Conservativen nach unserer Meinung gar keine Berechtigung vor. Der Gegensatz zwischen den nationalliberalen und den deutschconservativen Bestrebungen liegt auf der Hand; auch zwischen dem nationalliberalen und dem freiconservativen Programm bestehen, trotz zahlreicher Berührungspunkte, Differenzen, welche die letzte Zeit jedenfalls mehr verschärft als gemildert hat. Wie könnte es also überhaupt einen Sinn haben, mit diesen Parteien, außer im Falle einer absolut zwingenden taktischen Nothwendigkeit, bei den Wahlen gemeinschaftliche Sache zu machen? Wozu anders haben wir uns denn zu einer besonderen Partei zusammengeschlossen, als um in erster Linie bei den politischen Wahlen grade unsere Anschauungen zur Geltung zu bringen? — Man spricht so viel von einer allgemeinen Schwenkung unseres Volkes nach rechts. Es mag ja sein, daß Wahlkreise, welche bisher nationalliberal wählten, inzwischen conservativ geworden sind. Alsdann soll man dies aber offen und ehrlich eingestehen. In der radikalen Presse sehen wir der nationalliberalen Partei vielfach den Vorwurf gemacht, daß sie ihre „Deroute" zu verschleiern suche. Wäre eine solche „Deroute" wirklich vorhanden, so wäre genau das umgekehrte Verhalten das richtige. Wir wenigstens würden den größten Werth darauf legen, daß sich in unserem Lager nur Solche befänden, die wirklich unseres politischen Glaubens sind. — Inmitten der herrschenden Verwirrung mag es freilich den localen Comites oft nicht leicht sein, sofort das Richtige zu treffen. Haben wir doch von einer Seite die in vollem Ernst gestellte Frage gehört, ob der Graf Wilhelm Bismarck wohl ein „zuverläßig liberaler Mann" sei! Wo derartige Zweifel möglich sind, werden die Gegner leichtes Spiel haben. In anderen Fällen haben sich nationalliberale Comite's unzweifelhaft mit voller Absicht unter die conservative Fahne begeben. Beide Male wird es in der Wirkung, wenn man die nationalliberale Firma ausdrücklich beibehält, auf eine Fälschung des wahren Charakters der Wahlen herauskommen. Und das sollte doch unter allen Umständen vermieden werden! Wer mit den altbekannten Grundsätzen der nationalliberalen Partei, wie sie jüngst in der Kundgebung des Centralwahlcomite's auf's Neue ausgesprochen sind, nicht mehr einverstanden ist, der trenne sich offen und verzichte auf die bisherige Parteibezeichnung. Wer das aber nicht will, der halte sich fern von Parteicoalitionen, welche in einer Zeit, da der Liberalismus in Deutschland mit einem Kampfe um seine Existenz bedroht ist, der Preisgebung des eigenen Lagers an den Feind gleichkommen.

[Wo ist der Feind?] Die „N.-L. C." schreibt: Ueber zwei Wochen sind in's Land gegangen, seitdem der Wahlkampf begann. In dieser ganzen Zeit hat die freiwillig gouvernementale „Norddeutsche Allgem. Zeitung" die Pfeile ihrer Leitartikel fast ausschließlich gegen die nationalliberale Partei gerichtet; die Socialdemokratie scheint sie ganz vergessen zu haben. Kein Mensch ist im Zweifel darüber, daß die vollständige Entfernung der socialdemokratischen Führer aus dem Reichstage für die socialistische Agitation ein tödtlicher Schlag sein würde. Man sollte also meinen, daß Alle, denen es ernstlich um die Vernichtung der Socialdemokratie zu thun ist, heute ihr Augenmerk vor Allem auf die Verhinderung socialistischer Wahlen richten müßten. Die „N. A. Ztg." ist offenbar anderer Ansicht. Noch mehr: Alle ruhig und unbefangen Denkenden sind einig darüber, daß die Hetzereien der „Staats-Socialisten" bezw. „Christlich-Socialen" in der Wirkung auf dasselbe hinauskommen, wie die Wühlereien der Socialdemokratie. Was die letzteren für das wirthschaftliche wie für das sittliche Leben so überaus verderbenbringend macht, ist der Umstand, daß sie dem Arbeiter die Freude am Arbeiten rauben. Nun, müssen die gehässigen Reden der Staats-Socialisten oder Christlich-Socialen über den „Geldsack", das „liberale Geldprotzenthum", müssen die Vorspiegelungen einer radicalen Aufhebung der capitalistischen Productions-Weise zu Gunsten der Beseitigung aller Armuth, alles Elends schließlich nicht ganz dieselbe Folge haben? Wer da behauptet, daß diese neueste Form des Socialismus den Arbeiter mit seinem Loose wieder zu versöhnen, die alte Zufriedenheit in die Massen zurückzutragen geeignet sei, der kennt entweder die wirklichen Vorgänge nicht oder er redet mit Absicht die Unwahrheit. Trotz dieser sonnenklaren Gefährlichkeit der christlich-socialen Agitation nimmt die „N. A. Z." dieselbe wohlwollend in ihren Schutz. Dies Alles muß über die Stellung der „N. A. Z." zum Socialismus die seltsamsten Gedanken erwecken. Das Blatt läßt keinen Tag vergehen, ohne die Regierung zu einer deutlichen Erklärung über die nationalliberalen Reichstagscandidaturen aufzufordern. Von dringenderem Interesse für das öffentliche Wohl würde es unseres Erachtens sein, wenn die Regierung einmal unzweideutig das Gerücht zurückweisen wollte, daß die „N. A. Z." ihren Standpunkt vertrete.

[Verurtheilugen wegen Majestätsbeleidigung.] In Lissa Gerbergeselle Knobloch 5 Jahre. In Wolstein Arbeiter Brunsch 4 Monate. In Schrimm Einwohner Masche 4 Monate. In Stettin Zimmergeselle Maßke 18 Monate. In Osnabrück 3 Monate. In Danzig Colporteur Kolbe 2 Jahre, Kutscher Neubert 6 Monate. In Leipzig Lampenwärter Barth und Schedler je 18 Monate. In Saarbrücken Metzgermeister Christ und Tagelöhner Ditgen je 4 Monate. In Mannheim Tischler Kohlhammer 15 Monate. (Schwurgericht.) In Heilbronn Mahlknecht Doderer 9 Monate, Bildhauer Walter 1 Jahr (Schwurgericht).

[Marine.] S. M. Panzerfregatte „König Wilhelm", 23 Geschütze, Commandant Capitain z. S. Kühne, ist am 29. Juni c. auf der Rhede von Wilhelmshaven zu Anker gegangen. S. M. gedeckte Corvette „Hertha", 19 Geschütze, Commandant Capitain z. S. Pirner, ist am 29. Juni c., früh 4 Uhr, von Plymouth nach Kiel in See gegangen.

Leipzig, 30. Juni. [Parteitag der Fortschrittspartei in Sachsen.] Der Parteitag für das Königreich Sachsen wurde im Schützenhause von dem Vorsitzenden des Localcomites, dem Kaufmann Rosenkranz, im Namen des sächsischen Landesausschusses und des Berliner Centralwahlcomites eröffnet. Professor Wigard (Dresden) wurde zum Vorsitzenden, Rosenkranz (Leipzig) zum Stellvertreter, Hesse (Leipzig), Förster (Gera) und Arnold (Oschatz) zu Schriftführern gewählt. Advocat Hesse referirt über die Partei-Organisation und die Mittel der Agitation. Er schlägt die Bildung eines gemeinschaftlichen Verbandes für das Königreich Sachsen und die thüringischen Staaten vor zum Zwecke der Sammlung der Anhänger der Fortschrittspartei. Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag im Principe genehmigt, seine Ausführung jedoch vertagt. — Wartenberg (Gera) erörtert die Verhältnisse der Parteipresse und empfiehlt nachdrücklich eine populäre Besprechung concreter Fragen des materiellen Wohles, des Tabaksmonopols, der indirecten Steuern und des Militär-Etats. Die Fortschrittspartei müsse es den Wählern documentiren, daß sie treu zu Kaiser und Reich halte, daß sie jederzeit Ordnung und Freiheit mit materiellem Wohle vereinigen wolle. Dann werde sie siegen. (Beifall.) Herrmann (Dresden) betont die Wichtigkeit von Flugblättern und die Nothwendigkeit, für Geld zu sorgen und Candidaten selbst an solchen Orten aufzustellen, wo die Fortschrittspartei vorläufig keine Hoffnung auf Sieg habe. Landau (Berlin) befürwortet die Ausscheidung wirthschaftlicher Fragen aus dem Programm der Fortschrittspartei. Wartenberg (Gera) beantragt: Der sächsisch-thüringische Parteitag der Fortschrittspartei möge beschließen, dahin zu wirken, daß überall, wo fortschrittliche Elemente vorhanden seien, Candidaten der Fortschrittspartei aufgestellt würden. Für die Wahlen sei durch die fortschrittlichen Organe und durch Flugblätter zu wirken. Wigard (Dresden) spricht an Stelle des verhinderten Professor Virchow über Ziele, Aufgaben und Wesen der Fortschrittspartei. Um 5 Uhr wird ein gemeinschaftliches Mahl abgehalten werden. Anwesend sind etwa 60 Delegirte fortschrittlicher Vereine Sachsens und Thüringens.

Crefeld, 29. Juni. [Die achte General-Versammlung der Gesellschaft für Verbreitung der Volksbildung] hat heute unter dem Vorsitze des Justizrath Makower aus Berlin ihre Sitzungen begonnen. Wie die „Crefelder Zeitung" meldet, sprach sich die Versammlung nach einem Referate des Abgeordneten Seyffardt für eine allgemeine obligatorische Fortbildungsschule aus.

—ch. **Von der sächsischen Grenze**, 28. Juni. [Silberhochzeitsfeier. — Socialdemokratisches. — Aus dem Landtage.] Die Feier der silbernen Hochzeit des sächsischen Königspaars hat im ganze Lande stattgefunden und ist nicht selten mit einer Dankfeier für die Errettung des Kaisers aus Lebensgefahr verbunden worden. Die Festlichkeiten in Pillnitz und Dresden sind glänzend verlaufen und die bei Gelegenheit der Feier verliehenen Gnadenbeweise, unter denen die Amnestie zahlreicher Gefangener der populärste war, haben die Freude der Bevölkerung erhöht. — Die socialdemokratische Partei hat jetzt nach dem Umschwung der Stimmung unter der von ihr zuerst geübten Praxis zu leiden, daß in den von ihr veranstalteten Versammlungen die Gegner sich zahlreich einfinden und das Bureau aus ihren Anhängern bilden. Da ihnen die Abhaltung einer socialdemokratischen Versammlung meist von der Polizei nicht gestattet wird, so sind sie in einer schlimmen Lage. — Eine wunderliche, allen Traditionen zuwiderlaufende Praxis versucht die sächsische Bureaukratie in Bezug auf Aeußerungen in dem Landtage einzuführen. Es ist neuerlich mehrfach vorgekommen, daß Beamte, über welche sich Abgeordnete tadelnd geäußert haben, in direct an diese gerichteten Schreiben Widerrufe oder Ehrenerklärungen verlangt haben. Mit Recht hat endlich einer der mit solchen Zuschriften bedachten Abgeordneten dem Ministerium auseinandergesetzt, daß ein derartiges Vergehen der Staatsbeamten völlig unzulässig sei, um so mehr, da Seitens des Ministeriums ohnehin die Beamten fast über das zulässige Maß hinaus in Schutz genommen zu werden pflegen.

München, 29. Juni. [Reichstagscandidatur.] Gestern Abend hat sich der große Wahlausschuß der hiesigen Liberalen constituirt. Derselbe beschloß durch Acclamation den Freiherrn von Stauffenberg als Candidaten für den ersten Münchenener Reichstagswahlkreis aufzustellen. Die Aufstellung eines Candidaten für den zweiten Münchener Reichstagswahlkreis soll in der nächsten Woche erfolgen.

Oesterreich.

*** **Wien**, 28. Juni. [Parallel-Occupation.] So ist es denn ausgemacht, daß der Congreß uns das, vom Grafen Andrassy eben so lebhaft ersehnte, wie von jenen beiden Stämmen des Reiches, auf denen das herrschende System des Dualismus beruht, entschieden perhorrescirte Mandat zum Einmarsch in Bosnien und die Herzegowina zuerkennen wird. Als Motiv wird wahrscheinlich der Umstand dienen, daß wir die Flüchtlinge, die uns angeblich bereits sieben Millionen gekostet, weder länger ernähren, noch zur Rückkehr unter die alte Paschawirthschaft zwingen können. Daß die Occupation in dem gegebenen Falle so viel wie Annexion bedeutet, wird von allen Seiten als selbstverständlich betrachtet: auch die „Neue freie Presse" läßt sich aus Berlin telegraphiren, daß die Pforte sich in den Verlust der Herzegowina bereits gefügt habe und sich nur noch weigere, auch Bosnien ohne Entschädigung abzutreten. Hat doch Graf Andrassy selbst vor zwei Jahren die Idee der Occupation für Unsinn erklärt, weil ja bei ihrem Abschlusse dann die Schwierigkeiten von heute erst recht wieder von vorne beginnen müßten. Unser Einmarsch in jene beiden Provinzen könnte also, unter Andrassy's Regime, gar nichts anderes bedeuten, als den Anfang der Einverleibung. Daß die Pforte sich am Ende der Entscheidung Europa's stillschweigend wird fügen müssen, glaube ich wohl auch: natürlich aber wird dieser Beschluß des Congresses sie vollständig in die Arme Rußlands als ihres einzigen und letzten Freundes drängen, wenn die Diplomaten in Berlin den Frieden von San Stefano in so feindseligem Geiste gegen die Türkei verschärfen. Was will der schmale Streif Landes besagen, der dem Sultan durch die Abdrängung Bulgariens vom Aegäischen Meere bei Artikel VI gerettet ist, wenn er bei Artikel XIV und XV das Hundert- und Tausendfache an Territorium einbüßt durch den Verlust Bosniens und der Herzegowina an Oesterreich, durch die Abtrennung von Epirus und Thessalien an Griechenland? Denn für diese vier Provinzen wurden zu San Stefano lediglich Reformen unter vollständiger Aufrechthaltung der Souveränetät des Padischah vereinbart. Selbst davon abgesehen, um wie viel schmerzlicher ist es, Land und Leute an ganz Unbetheiligte, als an den Sieger zu verlieren! Die Pforte weiß nunmehr, daß sie aus dem Regen unter die Traufe gekommen. In San Stefano verlor sie Bulgarien an Rußland — der Anfang für die Theilung der Türkei jedoch datirt von Berlin her. Wahrscheinlich wird, da nun doch jedenfalls, nach Rußland, Oesterreich, Serbien, Montenegro, Hellas und Rumänien in der Dobrudscha, auch Italien nicht leer wird ausgehen wollen, England und Frankreich sich ebenfalls bald rühren werden, dieser

Proceß noch schneller zum Abschlusse gelangen, als vor einem Jahrhundert in Polen. Liegt nicht schon im Beginne des Verfahrens eine tüchtige Dosis hohnvollen Galgenhumors, wenn der Congreß erst den Türken großmüthig die Verbindung mit ihren Westprovinzen wahrt, um ihnen hinterdrein diese Provinzen selber zu nehmen? Oesterreich aber bezahlt den zweifelhaften Gewinn von Serajewo und Mostar mit der Preisgebung der Donaumündungen an Rußland, das nunmehr mit seinen Vasallenländern unsere Grenzen von Antivari über Nisch und Sofia bis zu den Karpathenpässen, dann von Kronstadt über Lemberg bis Krakau umklammert. Nur zwischen Serbien und Montenegro werden wir ein Luftloch von drei Meilen Breite für unsere Bahn nach Salonichi erhalten.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 27. Juni. [Die republikanischen Deputirten und die partielle Amnestie. — Besuch der Ausstellung. — Prozeß Broglie's und Fourtou's gegen die „Petite République".] Es hieß dieser Tage in den Blättern, daß mehrere republikanische Deputirte sich zu Dufaure begeben hätten, um ihn zum Erlaß einer partiellen Amnestie am 30. Juni aufzufordern. Die Nachricht ist verfrüht. Am letzten Montag versammelten sich allerdings die Deputirten von Paris (mit Ausnahme des Admirals Touchard) bei Louis Blanc und beschlossen, eine Unterredung zu dem erwähnten Zwecke bei dem Conseilpräsidenten zu verlangen. Sie haben auch ihr Gesuch schriftlich vorgetragen, aber es ist ihnen noch keine Antwort geworden. Nachgerade dürfte es für die Ausführung der gewünschten Maßregel bereits zu spät geworden sein. — Das Thermometer zeigt heute wieder im 32° Schatten. Der Ausstellungsbesuch beginnt unter dieser afrikanischen Temperatur zu leiden. Gestern wurden nur etwa 64,000 Personen, darunter 45,000 zahlende, eingelassen. — Der seit lange schwebende Prozeß der Herren de Broglie und de Fourtou gegen die „Petite République", welche von jenen Beiden der Verleumdung beschuldigt war, ist gestern definitiv zum Austrag gekommen. Die „République" hat in letzter Instanz ihre Sache verloren; ihr Verwalter bleibt zu 1 Monat Gefängniß und 1000 Frcs. Geldbuße verurtheilt.

Amerika.

Washington, 29. Juni. Der Zusammentritt der internationalen Münzconferenz ist bis zum 8. October d. J. verschoben, die Vertreter der amerikanischen Union werden sich für die Annahme der Doppelwährung aussprechen. — Gestern fand eine Conferenz des Präsidenten und des Staatssecretairs der auswärtigen Angelegenheiten, Ewarts, mit den Generalen Sherman und Ord über die an der mexikanischen Grenze bestehenden Schwierigkeiten statt. General Ord berichtete über das fortgesetzt von mexikanischen Marodeurs getriebene Unwesen und theilte einzelne Fälle mit, in denen auf Amerikaner geschossen wurde. Die Regierung ist über die zum Schutze der amerikanischen Interessen zu ergreifenden Maßregeln in Berathung getreten.

Provinzial-Zeitung.

+ **Breslau**, 1. Juli. [Se. königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen]. traf gestern Abend um 8 Uhr 45 Min. mit dem Personenzuge der Breslau-Mittelwalder Eisenbahn, aus Schloß Camenz kommend, auf dem hiesigen Centralbahnhofe ein. Nachdem der hohe Reisende im Kaisersalon das Souper eingenommen, setzte derselbe nach fünfviertelstündigem Aufenthalt mit dem Schnellzuge der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn um 10 Uhr seine Weiterreise nach Berlin fort.

Breslau, 29. Juni. [Der XV. schlesische Gewerbetag] wird hier am 7., 8. und 9. Juli abgehalten werden.

Am 7. Juli — Sonntag — findet Abends 8 Uhr nur eine Vorversammlung im kleinen Saale der neuen Börse zur Besprechung der Tagesordnung statt. Für die am 8. Juli (im Saale der Loge Horus, Zimmerstraße 15), Vormittags 9 Uhr, beginnende Hauptverhandlung ist folgende Tagesordnung aufgestellt.

1) Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des XIV. Gewerbetages. Referent: Gewerbeschul-Director Dr. Fiedler — Breslau. 2) Die Gewerbegerichte. Referent: Kaufmann Köbner — Breslau. 3) Das Submissionsverfahren. Referent: Ingenieur Nippert — Breslau, Correferent Kaufmann Köbner — Breslau. 4) Die Innungen der Neuzeit auf Basis der Gewerbeordnung. Referent: General-Director Dr. Riedel. — Fürstenstein. 5) Die Gewerbekammern. Ref.: Handelskammer-Synd. Dr. Eras — Breslau. 6) Die Arbeitsschule nach Klauson und Kaas. Referent: Baubankdirector Milch — Breslau. 7) Die Staffelzölle. Referent: Handelskammer-Syndicus Dr. Eras — Breslau. 8) Statuten-Aenderung. (Beitragshöhe und Anträge der Gewerbe-Vereine zu Brieg zu § 7 und zu Schweidnitz zu § 5 des Statuts, sowie des Ortsvereins der Tischler in Breslau.) Referent: Gewerbeschul-Director Dr. Fiedler — Breslau. 9) Kassenbericht. Referent: Baubank-Director Milch — Breslau.

Der 9. Juli ist dem Besuch der schlesischen Kunstgewerbe-Ausstellung in den Räumen der alten Börse — Blücherplatz 16 — sowie der Besichtigung von Fabriken ꝛc. gewidmet.

Der Ausschuß des schlesischen Central-Gewerbe-Vereins ersucht die mit ihm verbundenen Vereine und Corporationen um recht rege Betheiligung an dem Gewerbetage und — so weit dies noch nicht geschehen, — um schleunige Namhaftmachung ihrer Delegirten. Ferner sind die Industriellen und Gewerbetreibenden der Provinz Schlesien, sowie Alle, welche sich für die Entwickelung unserer heimischen gewerblichen Verhältnisse interessiren, zu dem Gewerbetage eingeladen.

B. **Breslau**, 1. Juli. [Socialdemokratische Wahl-Agitation.] Für heute Abend ist in der „Wahrheit" eine „zweite Wähler-Versammlung aller wahlberechtigten Bürger Breslaus ohne Unterschied der Parteistellung" annoncirt. Die Tages-Ordnung lautet: „1) Berichterstattung über das Resultat der in Vorschlag gebrachten Candidaten. 2) Aufstellung der Candidaten." Wie wir hören, ist das Comite brieflich mit den vier auswärtigen Herren: Advocat Freitag in Leipzig, Redacteur Guido Weiß in Berlin, Redacteur Kaiser in Dresden und Maschinenbauer Bäthge in Berlin in Verbindung getreten, außerdem hat es sich mündlich an die Herren Kräcker und Reinders — deren Zusage übrigens von vornherein sicher war — gewandt.

—i.— [Feuer.] Vergangene Nacht 11¾ Uhr brach in den Bodenräumen des Artillerie-Pferdestalles (Bürgerwerder) auf bis jetzt noch nicht festgestellte Art Feuer aus. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand der westliche Dachstuhl in Flammen; dem energischen Einschreiten der Löschmannschaften gelang es bald, das Weitergreifen des Feuers zu verhindern, doch bedurfte es der angestrengten Thätigkeit zweier Stunden, ehe der Brand vollständig unterdrückt war. — Vor bald 2 Jahren brannte der mittlere Dachstuhl desselben Stalles ab.

R. **Liegnitz**, 30. Juni. [Kirchliche Jubelfeier.] Die 500jähr. Jubelfeier der hiesigen ev. Peter-Paulskirche, zu deren würdiger Begehung schon seit Monaten durch Renovation der Kirche die nöthigen Vorbereitungen getroffen worden sind, wurde gestern Abend 6 Uhr durch eine Vorfeier und heute Vormittags 9 Uhr durch die eigentliche Jubelfeier begangen. — Bei der gestern Abend stattgehabten Vorfeier, zu der sich die Vertreter der Stadt, die Spitzen der Militär- und Civilbehörden und eine sehr zahlreiche Menge Andächtiger eingefunden hatten, hielt Herr Pastor Ziegler die Liturgie, während die beiden anderen Geistlichen der Peter-Paulskirche, Ober-Diakonus Fischer und Diakonus Werner, in gediegenen und erhebenden Kanzel-Vorträgen ein kirchengeschichtliches Bild der Peter-Paulskirche vorführten. Gebet und Segen des Pastors Ziegler schloß die Vorfeier. Heute früh ⅛9 Uhr bewegte sich die Geistlichkeit der hiesigen Kirchen, die Vertreter der Stadt, der Civil- und Militärbehörden, Schulen ꝛc. ꝛc. von der Aula des Gymnasiums durch die festlich mit Fahnen geschmückte Stadt unter Vortritt der Regimentsmusik des Königs-Grenadier-Regiments, welche Choräle vortrug, nach der im Festschmucke prangenden Kirche, deren weite Hallen kaum die Menge der herbeigeströmten Andächtigen zu fassen vermochte. Nach dem Liede: „Allein Gott in der Höh sei Ehr' ꝛc." hielt Herr Ober-Diakonus Fischer die Liturgie ab, deren gesanglicher Theil durch den hiesigen Männer-Gesangverein unter Leitung des Cantor Dorn ausgeführt wurde. Hierauf wurde die Hymne von Neithardt: „Wo ist, so weit die Schöpfung reicht ꝛc." von den gedachten Sängern unter Mitwirkung der Regiments-Musik des Königs-Grenadier-Regiments vorgetragen und dann unter Orgelbegleitung die drei ersten Verse des Liedes: „Eine feste Burg ist unser Gott ꝛc." gesungen. Die Festpredigt hielt Herr Pastor prim. der Peter-Paulskirche Ziegler, worauf eine längere Ansprache des General-Superintendenten Dr. Erdmann vom Altar herab erfolgte, und der Gesang des Liedes: „Nun danket alle Gott ꝛc." die würdige und erhebende Feier schloß. — Zur dauernden Erinnerung an die Gedächtnißfeier hat Herr Pastor Ziegler in einer mühevollen und umfassenden Arbeit die Geschichte der Peter-Paulskirche während ihres 500jährigen Bestehens als Festgruß an die Gemeinde herausgegeben, welche durch den Buchhandel zu beziehen ist.

⊙ **Creuzburg**, 28. Juni. [Tages- und Wahl-Angelegenheit.] Wegen Majestätsbeleidigung ist am 21. von dem hiesigen Kreisgerichte eine geschiedene Klempnerfrau aus Constadt zu vier Monaten Gefängnißhaft verurtheilt worden. — Collegen, Freunde und Verehrer des Kreisgerichts-Raths Steffenhagen vereinigten sich am 23. zu einem solennen Abschieds-Souper zu Ehren des genannten Herrn, der nach 11jähriger Wirksamkeit als Vormundschafts- und Grundbuchrichter und Dirigent der zweiten Abtheilung des hiesigen Kreisgerichts zum 1. Juli seinen bisherigen Wirkungskreis verläßt, um die gleiche Stelle in Oppeln anzutreten. — Herr Provinzial-Schulrath Dr. Sommerbrodt inspicirte am 25. d., Vormittags, das hiesige Gymnasium. — Am 26. ward die neu erbaute Schwimm- und Badeanstalt des Herrn R. Wenzel eröffnet. — Die von der „Schles. Volksztg." gemeldete Aufstellung des Regierungs-Präsidenten v. Quadt zu Oppeln als des Candidaten der ultramontanen Partei im Wahlkreise Creuzburg-Rosenberg ist in der Form wenigstens unglaublich. Es könnte dies nur die Candidatur der Conservativen sein, für welche zur Zeit wenigstens auch die Ultramontanen zu stimmen nur vorgeben mögen. Nun hören wir aber von zuverlässiger Seite, daß die Conservativen sammt und sonders für den Grafen Bethusy stimmen wollen. Es ist ferner nicht anzunehmen, daß die Ultramontanen solchen Mangel an Candidaten hätten, daß sie sich erst aus den Kreisen der höheren Verwaltung einen solchen holen müßten, noch daß Herr v. Quadt für diese Partei ultramontan genug sein könnte, ebensowenig aber auch, daß sie bei ihrer Zahl und Menge für den Candidaten der Conservativen stimmen werden, der der Genannte, wie gesagt, nicht einmal sein kann. In keinem dieser Fälle wenigstens wäre nach der gewohnheitsmäßigen Auffassung in diesem Lager das Parteiinteresse gewahrt.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

[Das Gesetz, betreffend die Uebernahme bisher aus Landesfonds gezahlter Pensionen auf das Reich. Vom 17. Juni 1878] bestimmt: Vom 1. April 1878 ab sind: 1) die bisher aus preußischen und oldenburgischen Landesfonds gezahlten Pensionen und Unterstützungen an frühere Angehörige der vormals schleswig-holsteinischen und der dänischen Armee, sowie an Wittwen und Waisen solcher Angehöriger, 2) diejenigen, bisher aus sächsischen Landesfonds gezahlten Beträge an Pensionen und Unterstützungen, welche den Militärinvaliden des Königreichs Sachsen aus den Kriegen vor 1870 vom Oberfeuerwerker, Wachtmeister und Feldwebel einschließlich abwärts, bezw. den Hinterbliebenen der in den Kriegen vor 1870 gefallenen oder an den erlittenen Verwundungen gestorbenen, sowie der im Felde beschädigten oder erkrankten und in Folge dessen bis zum Tage der Demobilmachung gestorbenen Militärpersonen der königlich sächsischen Feldarmee vom Oberfeuerwerker, Wachtmeister oder Feldwebel einschließlich abwärts über die bisher aus Reichsmitteln gezahlten Beträge hinaus nach Maßgabe der preußischen Gesetze vom 6. Juli 1865 und 9. Februar 1867 (Preußische Gesetzsammlung für 1865 S. 777 und für 1867 S. 217) zu gewähren sein würden, aus den Mitteln des Reichs-Invalidenfonds zu bestreiten. — Die nach dem letzten Absatz des § 1 des Gesetzes vom 11. Mai 1877 (Reichsgesetzblatt S. 495) dem Königreich Baiern alljährlich aus den Mitteln des Reichs-Invalidenfonds zu überweisende Summe erhöht sich um den, den vorstehend bezeichneten Ausgaben nach dem Verhältniß der Kopfstärke des Königreich baierischen Militärcontingents zu jener der übrigen Theile des Reichsheeres entsprechenden Betrag.

[Verordnung, betreffend die Einberufung des Landes-Ausschusses von Elsaß-Lothringen. Vom 26. Juni 1878.] Der Landes-Ausschuß von Elsaß-Lothringen wird berufen, am 8. Juli d. J. in Straßburg zusammenzutreten, und der Reichskanzler mit den zu diesem Zwecke nöthigen Vorbereitungen beauftragt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 30. Juni. **Der Kaiser hatte fast ungestörte Nachtruhe.**

Berlin, 30. Juni, Vormittags 10 Uhr. Nach einer sehr guten Nacht befinden sich Se. Majestät der Kaiser und König wohl. Nachdem die Wunden am Kopfe sämmtlich vernarbt sind, hat der bisherige Schutzverband weggelassen werden können.

Dr. v. Lauer. Dr. v. Langenbeck. Dr. Wilms.

Elberfeld, 29. Juni. Ueber den gestern Abend erfolgten Einsturz des Eisenbahn-Tunnels bei Schwelm erfährt die „Elberfelder Ztg." aus authentischer Quelle, daß der Tunnel auf ca. dreißig Meter bei der Verzimmerung eingestürzt ist. Durch ein plötzliches Verschieben des Gebirges ist die Zimmerung zusammengebrochen, wobei 7 Maurer und 1 Bergmann verschüttet wurden. Man glaubt, daß sämmtliche Verunglückte todt sind. Vor 8 bis 10 Tagen dürfte zu den Verschütteten nicht zu gelangen sein.

Wien, 29. Juni. Die „Polit. Corresp." veröffentlicht folgende Meldung aus Konstantinopel: Der österreichische Botschafter, Graf Zichy, bezeichnete Savfet Pascha gegenüber die in Aussicht genommene Occupation Bosniens durch österreichische Truppen als eine temporäre, durch welche vor Allem die gesicherte Rückkehr der Flüchtlinge bezweckt werde. Der vorgestern stattgehabte große Ministerrath, unter Vorsitz des Sultans und unter Zuziehung der Ulemas, der Generale und der hohen Würdenträger, hat sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt.

Pest, 30. Juni. In der Thronrede, mit welcher der Reichstag heute geschlossen worden ist, heißt es: Obgleich es in Folge der allgemeinen politischen Lage, die auf die Credit-Verhältnisse allseitig drückend gelastet habe und wegen der nothwendigen Ausgleichsverhandlungen, welche die Zeit des Parlaments sehr in Anspruch genommen haben, nicht möglich gewesen sei, Alles das zu thun, was erwünscht gewesen wäre, so sei doch Vieles geschehen, sowohl bezüglich der Regelung der Finanzen des Landes als bezüglich der Administration und der Rechtspflege. Sodann wirft die Thronrede einen Rückblick auf die Thätigkeit des Reichstages und sagt bezüglich des erneuerten Ausgleichs, derselbe werde wohlthätig auf die Interessen beider Staats-Gebiete der Monarchie und auf den Wohlstand aller Völker derselben wirken; für die beiderseits gemachten Zugeständnisse würden beide Theile reichlichen Ersatz in jener Kraft finden, welche diese erneuerte Offenbarung der Gesinnungs- und Interessen-Gemeinschaft beiden Theilen verleihen werde. In Bezug auf die auswärtige Politik führt die Thronrede aus, der gegenwärtige Stand der Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu den auswärtigen Mächten lasse hoffen, daß es gelingen werde, nebst den Interessen der Monarchie auch die Segnungen des Friedens zu sichern. Der Kaiser spricht seine Freude darüber aus, anerkennen zu können, daß jener patriotischen Unterstützung, welche das Parlament der Regierung habe angedeihen lassen, hieran ein hervorragendes Verdienst zufalle. Möge die Zukunft was auch immer bringen, so könne der Kaiser vertrauen, daß die Interessen der Monarchie und so diejenigen Ungarns an den Mitgliedern des Reichstages, sowie an jedem Landessohne stets eine sichere Stütze finden würden. Die Thronrede schließt mit dem Dank des Monarchen für die Bemühungen des Parlaments.

Paris, 29. Juni. Wie verlautet, wird das „Journal officiel" morgen die Begnadigung von 1269 Verurtheilten publiciren und zugleich constatiren, daß seit dem 14. December v. J. 890 Personen, welche wegen Theilnahme an dem Commune-Aufstande von 1871 verurtheilt waren, begnadigt wurden.

Paris, 30. Juni. Die hier telegraphisch verbreitete Nachricht, daß die Türken Kanea geräumt hätten, findet in hiesigen diplomatischen Kreisen keinen Glauben.

Paris, 30. Juni. Das Nationalfest begann Vormittags mit der feierlichen Enthüllung der Statue der Republik. Der Minister des Innern eröffnete die Feier mit einer Rede, worin er an Parteispaltungen und Unglücksfälle, welche die Nation erlitten, erinnerte und hervorhob, Frankreich habe den festen Willen, im Frieden Institutionen zu genießen, durch welche es geehrt werde und die es theuer errungen habe. Die republikanische Partei sei die Nation selbst geworden. Frankreich verlange von seinen Söhnen Eintracht und Gehorsam gegen die Gesetze. (Lebhafter Beifall.)

Brüssel, 30. Juni. Heute findet anläßlich des Wahlsieges der Liberalen hier eine große Kundgebung statt. Die Straßen sind festlich geflaggt und von einer ungeheuren Menschenmenge belebt. Sämmtliche Städte des Landes haben Vertreter hierher gesandt. Heute Nachmittag wird ein von den Liberalen veranstaltetes Banket stattfinden, an dem 6000 Personen theilnehmen. Die Minister und alle Notabilitäten der liberalen Partei haben ihr Erscheinen zugesagt.

Brüssel, 30. Juni. Die Nationalbank hat den Discont von 2½ auf 3½ pCt. erhöht.

Petersburg, 30. Juni. Der „Regierungsbote" veröffentlicht eine in das Russische übersetzte Note des deutschen Botschafters v. Schweinitz an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, worin der Botschafter im Namen Sr. k. k. Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reichs für alle aus Anlaß des Mord-Attentates gegen Se. Majestät den Kaiser Wilhelm aus Rußland eingegangenen Theilnahme-Adressen den wärmsten Dank ausspricht. Ferner publicirt der „Regierungsbote" eine kaiserliche Verordnung, wonach die freiwillige Marinemiliz den für die Kriegsflotte bestehenden Gesetzen unterstellt wird.

Konstantinopel, 29. Juni. Im Verfolg des am Donnerstag, 27. d., stattgehabten großen Rathes der Minister und der Würdenträger, in welchem die von Oesterreich angeregte Occupation Bosniens und der Herzegowina discutirt wurde, sind sofort an die Bevollmächtigten zum Congresse in Berlin Weisungen ergangen, zu erklären, daß die Pforte ihre Zustimmung zu einer Occupation nicht geben könne, welche Gebietstheile betreffe, die durch den Krieg nicht von fremden Heerestheilen besetzt seien. Es waren, wie es heißt, für die österreichische Occupation, auch Seitens der Vertreter anderer Mächte der Pforte entsprechende Vorstellungen gemacht worden. Man hat bis jetzt Seitens der Pforte eine Zustimmung verweigert und darauf hingewiesen, daß durch fremde Truppen nur der Fanatismus der Muselmänner in den bezüglichen Landestheilen wachgerufen werden könne, die türkischen Vertreter werden inzwischen auf dem Congresse die bezügliche Erklärung abgegeben haben, woran sich, wie man meint, weitere diplomatische Einwirkungen der anderen Mächte knüpfen werden. Keinesfalls scheint Oesterreich, unterstützt von den anderen Mächten, gewillt, die für die Rückkehr der Flüchtlinge nothwendige militärische Sicherstellung aufzugeben. Militärische Maßregeln gegen Oesterreich dürfte die Pforte kaum treffen.

Washington, 30. Juni. Wie verlautet, soll der bereits früher erlassene Befehl, die Marodeure an der mexicanischen Grenze noch auf dem mexicanischen Gebiete zu verfolgen, künftig mit größerer Strenge zur Ausführung gelangen ohne Rücksicht auf die Protestationen der Mexicaner, da die mexicanische Regierung dadurch, daß sie die erforderlichen Maßregeln zur Unterdrückung des Marodeur-Unwesens an der Grenze ergreife, dem Betreten ihres Gebietes durch amerikanische Truppen vorbeugen könne.

Triest, 30. Juni. Der Lloyddampfer „Juno" ist mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandspost aus Alexandrien gestern Abend 10½ Uhr hier eingetroffen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

London, 29. Juni. Die Journale besprechen lebhaft die Frage, betreffend den Einmarsch österreichischer Truppen in Bosnien. Während die Blätter im Allgemeinen mit ihrem Urtheil hierüber reservirt sind, empfehlen die „Times" die Occupation seitens Oesterreichs als eine glückliche Lösung, und fügen hinzu, daß der Einmarsch nicht nothwendig die Annexion nach sich ziehen müsse.

[Militär-Wochenblatt.] Georgesohn, Sec.-Lt. vom Ostpreuß. Feld-Art.-Regt. Nr. 1, in das Oberschles. Feld-Art.-Regt. Nr. 21 versetzt. Graf v. Kielmansegg, Major und Escadr.-Chef vom Rhein. Drag.-Regt. Nr. 5, v. Jagow, Major und Escadr.-Chef vom 1. Brandenburg. Drag.-Regt. Nr. 2, Patente ihrer Charge verliehen. Herrfahrdt, Oberstlt. und Abtheil.-Commdr. im Nassauischen Feld-Art.-Regt. Nr. 27, zum Commdr. des 2. Westfäl. Feld-Art.-Regts. Nr. 22, Weltz, Oberstlt. à la suite des Hess. Feld-Art.-Regts. Nr. 11 und beauftragt mit Führung desselben, Blecken v. Schmeling, Oberst-Lieut. à la suite des 1. Hannov. Feld-Art.-Regts. Nr. 10 und beauftragt mit Führung desselben, v. Ballusek, Oberstlt à la suite des 2. Garde-Feld-Art.-Regts. und beauftragt mit Führung desselben, zu Commandeurs der betr. Regtr., Hasse, Major und Abtheil-Commdr. vom 1. Westfäl. Feld-Art.-Regt. Nr. 7, zum Commdr. des Rhein. Train-Bats. Nr. 8, ernannt. Daum, Pr.-Lt. à la suite des 2. Oberschles. Inf.-Regts. Nr. 23, Directions-Assist. der Gewehrfabrik zu Spandau, zur Munitionsfabrik daselbst versetzt. Göschel, Major und Commdr. des Rhein Train-Bats. Nr. 8, mit Pension zur Disp. gestellt.

[Sehr merkwürdige photographische Versuche] machte Herr Francis Galton. Er hatte sich die Aufgabe gestellt, Porträts verschiedener Personen zu combiniren und die charakteristischen Eigenschaften der einzelnen Bilder in dem Gesammtbilde zum Ausdrucke zu bringen. Nach demselben Princip, nach welchem man im Stereoskop Bilder für die beiden Augen übereinanderlegt und dadurch ein neues, drittes Bild erhält, verfährt man auch in diesem Falle. Einige dieser Uebereinanderlegungen von Bildern waren sehr bemerkenswerth. So bildete z. B. die Combination der Bilder des Prinzen und der Prinzessin von Wales ein sehr liebliches Ensemble; das neue Bild war durch die Aehnlichkeit mit den beiden ursprünglichen ausgezeichnet, ohne daß man hätte genau bezeichnen können, welcher charakteristische Zug desselben dem einen oder dem andern der beiden Originale entlehnt worden sei. Herr Galton hat diese Versuche sowohl auf optischem wie auf photographischem Wege angestellt. Er belustigte die anwesende Gesellschaft, indem er zwei, drei bis zu sechs Photographien verschiedener Personen combinirte. Sein Verfahren dabei ist einfach folgendes: Photographische Porträts gleicher Dimensionen werden nach Art der Blätter eines Heftes so aneinandergereiht, daß die Augen genau übereinander zu liegen kommen; dann wird die camera obscura auf das erste Porträt gerichtet. Nach einigen Secunden wird dieses umgeschlagen, so daß die camera obscura nunmehr auf das zweite Porträt gerichtet ist, und so fährt man fort. Man erhält so in der That eine Combination aller Gesichtszüge, welche den Experimenten nach zu urtheilen, zur Verschönerung der einzelnen führt. Die Sache hat auch ihre ernste Seite. Herr Galton beabsichtigt auf diese Weise anthropologische Typen zusammenzusetzen. Man erhält durch dieselben eine Mittel, die verschiedenen „Familienzüge" mit denjenigen der Ahnen zu vergleichen. Auch kann man aus vielen Porträts derselben Person eine Art „mittleres Porträt" herstellen. Begreiflicherweise haben diese Versuche großes Aufsehen gemacht; was man vergeblich so lange suchte: die „Familienzüge" zu fixiren, ist nunmehr gelungen und auch die wissenschaftliche Bedeutung derselben in ein besseres Licht gebracht.

Berlin, 29. Juni. Spiritus loco „ohne Faß" 52,8—52,5 M. bez., per Juni 52,1—51,9 Mark bez., per Juni-Juli 52,1—51,9 M. bez., per Juli-August 52,1—51,9 M. bez., per August-September 52,6—52,5 M. bez., per September-October 51,6—51,5 Mark bez., per October-November 50,1 Mark bez., per November-December — Mark. bez. Gek. — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Wien, 29. Juni. [Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahn] vom 18. Juni bis zum 24. Juni 1,349,906 Fl., gegen 1,415,134 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Minder-Einnahme 65,229 Fl.

Wien, 29. Juni. [Die Einnahme des italienischen Netzes] in der Woche vom 18. bis 24. Juni betrug 737,471 Fl., die Mehreinnahme desselben 37,842 Fl., die Gesammtmehreinnahme des italienischen Netzes seit 1. Januar cr. 4170 Fl., die Gesammtmindereinnahme des österreichischen Netzes vom 1. Januar c. 381,165 Fl.

London, 29. Juni. In der gestrigen Wollauction war Cap Scoured etwas zu Gunsten der Käufer.

Breslau, 1. Juli, 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,60 bis 19,40—20,50 Mark, gelber 17,10—18,50 bis 19,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, feine Qualitäten preishaltend, pr. 100 Kilogr. 11,60 bis 12,60 bis 13,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. neue 12,20—13,30 Mark, weiße 14,20—15,00 Mark.

Hafer gut behauptet, pr. 100 Kilogr. neuer 11,20 bis 12,00—12,70 bis 13,30 Mark.

Mais gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. 10,80—11,50—12,20 Mark.

Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 13,00—14,00—16,50 Mark.

Bohnen ohne Angebot, pr. 100 Kilogr. 19,00—19,50 bis 20,00 Mark.

Lupinen schwach zugeführt, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,10—10,30 bis 11,00 Mark, blaue 8,80—9,80—10,30 Mark.

Wicken unverändert, pr. 100 Kilogr. 9,80—10,50—11,20 Mark.

Oelsaaten schwach zugeführt.

Schlaglein in ruhiger Haltung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen	27	50	26	—	24	50
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Leindotter	—	—	—	—	—	—

Rapskuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 7,20—7,40 Mark, September-October 7,20 Mark.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen nominell, rother pr. 50 Kilogr. 32—42—47—52 Mark, — weißer pr. 50 Kilogr. 40—48—57—65—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—19—20,50 Mark.

Mehl mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 28,50 — 30,00 Mark, Roggen fein 20,25—21,25 Mark, Hausbacken 18,75—19,75 Mark, Roggen-Futtermehl 9,25—10,00 Mark, Weizenkleie 7,60—8,40 Mark.

Heu 2,00—2,40 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 16,00—18,50 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Juni 29., 30.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 22°,5	+ 14°,7	+ 14°,5
Luftdruck bei 0°	330''',98	330''',71	330''',31
Dunstdruck	4''',00	6''',51	6''',16
Dunstsättigung	32 pCt.	94 pCt.	90 pCt.
Wind	SO. 2.	NO. 0.	S. 1.
Wetter	bezogen.	Regen.	heiter.
Wärme der Oder			+ 18°,6.

Juni 30., Juli 1.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 19°,6	+ 15°,3	+ 14°,3
Luftdruck bei 0°	330''',03	330''',43	330''',09
Dunstdruck	5''',21	5''',32	3''',96
Dunstsättigung	52 pCt.	73 pCt.	59 pCt.
Wind	NW. 1.	SW. 1.	SW. 2.
Wetter	trübe.	bedeckt.	bedeckt.
Wärme der Oder			+ 18°,8.

Breslau, 1. Juli. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 24 Cm. U.-P. — M. — Cm.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 30. Juni. Der heutigen Nationalfeier wegen kein Boulevard-Verkehr.

Frankfurt a. M., 29. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 325. Pariser Wechsel 80, 93. Wiener Wechsel 173, 25. Böhmische Westbahn 149¾. Elisabethbahn 150¾. Galizier 224. Franzosen*) 224¾. Lombarden*) 66¾. Nordwestbahn 94¾. Silberrente 57⅛. Papierrente 55⅝. Goldrente 64½. Ungar. Goldrente 79⅜. Italiener 74½. Russ. Bodencredit 74⅞. Russen 1872 83⅜. Neue russische Anleihe 83¾. Amerikaner 1885 99½. 1860er Loose 112. 1864er Loose 255, 80. Creditactien*) 218½. Oesterr. Nationalbank 734, 50. Darmst. Bank 118. Meininger Bank 82. Hessische Ludwigsbahn 70⅞. Ungarische Staatsloose 157, 60. do. Schatzanweisungen, alte, 102. do. Schatzanweisungen, neue, 97⅜. do. Ostbahn-Obligationen 65½. Central-Pacific 102⅝. Reichsbank 153¾. Deutsche Reichsanleihe 95¾. — Schluß fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 219¼, Franzosen 225½, Lombarden —, —, Galizier —, 1860er Loose —, ungarische Goldrente —, neueste Russen 84⅛, österr. Goldrente —, Nationalbank —, —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 29. Juni, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115½, Silberrente 57¼, Goldrente 64⅝, Credit-Actien 219, 1860er Loose 112¾, Franzosen 564, Lombarden 165, Italien. Rente 76, Neueste Russen 83¾, Vereinsb. 123½, Laurahütte 75⅞, Commerzbank 102¾, Norddeutsche 140¼, Anglo-deutsche 33, Intern. Bank 83¾, Amerikaner de 1885 97, Köln-Minden. St.-A. 108, Rhein. Eisenb. do. 110½, Berg.-Märk. do. 76¼, Disconto 3½ pCt. — Schluß sehr fest.

Hamburg, 29. Juni, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine flau. Roggen loco und auf Termine ruhig. — Weizen per Juni-Juli 191 Br., 190 Gd., per Septbr.-Octbr. 194 Br., 193 Gd. Roggen per Juni-Juli 126 Br., 125 Gd., per September-October 129½ Br., 128½ Gd. Hafer still, Gerste flau. Rüböl fest, loco 66½, pr. October 65. Spiritus still, pr. Juni —, per Juli-August 40½, per August-September 41½, per September-October 42. Kaffee behauptet, Umsatz 2000 Sack. Petroleum matt, Standard white loco 10, 70 Br., 10, 50 Gd., pr. Juni 10, 50 Gd., pr. August-December 11, 20 Gd. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 30. Juni, Nachm. [Privatverkehr.] Silberrente 57¼, Goldrente 64¾, 1860er Loose 113, Lombarden 168, Creditactien 2[illegible]0, Neue Russen 83¾, Deutsche Bank 106¾. Fest, aber still.

Liverpool, 29. Juni, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 5000 Ball. Unverändert. Tagesimport 4000 B. amerikanische

Liverpool, 29. Juni, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unverändert. Auf Zeit theilweise 1/32 D. höher.

Paris, 29. Juni, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen steigend, per Juni 28, 50, per Juli 28, 00, per Juli-August 28, 00, per Septbr.-Decbr. 28, 00. — Mehl steigend, per Juni 61, 50, pr. Juli 61, 50, per Juli-August 61, 50, pr. September-December 61, 25. —. Rüböl fest, per Juni 93, 00, per Juli 91, 25, per Juli-August 90, 75, per September-December 90, 25. — Spiritus behauptet, per Juni 58, 50, per Juli-August 58, 50. — Wetter: Regen.

Paris, 29. Juni, Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Juni pr. 100 Klgr. 57, 75, Nr. 5 7/8 pr. Juni per 100 Kilogr. 64, 00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 pr. 100 Kilogramm pr. Juni 67, 25, per Juli 67, 00, pr. Juli-August 67, 00.

London, 29. Juni. Havannazucker steigend.

Newyork, 29. Juni, Abends 6 Uhr. (W. T. B.) [Schluß-Course.] Gold-Agio ⅝. Wechsel auf London 4, 85, 25. 5/20 Bonds de 1885 —, —. do. 5% fund. Anl. 106¾. 5/20 Bonds de 1887 108¾. Erie-Bahn 15¼. Baumwolle in Newyork 11⅛, dito in New-Orleans 11. Raff. Petroleum in Newyork 11⅛. Raff. Petroleum in Philadelphia 11. Mehl 4,00. Mais (old mixed) 47. Rother Winterweizen 1, 06. Kaffee Rio 15¼. Havanna-Zucker 7¼. Getreidefracht 6. Schmalz (Marke Wilcox) 7⅝. Speck (short clear) 5⅞. Centralbahn —.

Antwerpen, 29. Juni, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 25¼ bez., 25½ Br., per Juli 25½ Br., per September 27½ Br., per September-December 27¾ bez. u. Br. — Träge.

Bremen, 29. Juni, Nachm. In Petroleum großes Geschäft. (Schlußbericht.) Standard white loco 10, 60, pr. Juli 10, 60, pr. August 10, 70, per Septbr. 10, 85, per August-December 11, 00.

Berliner Börse vom 29. Juni 1878.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Deutsche Reichs-Anl.	4	95,90 bz
Consolidirte Anleihe	4½	104,60 bz
do. do. 1876	4	95,90 bz
Staats-Anleihe	4	95,20 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,40 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	141,50 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,10 bz
Berliner	4½	101,70 bz
Pommersche	3½	83,40 bz
do.	4	95,00 bz
do.	4½	102,00 bz
do. Ldsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	95,00 bz
Schlesische	3½	85,90 G
Ldschaftl. Central	4	94,75 bz
Kur- u. Neumärk.	4	96,00 bz
Pommersche	4	96,25 bz
Posensche	4	95,40 bz
Preussische	4	95,40 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	97,60 bz
Sächsische	4	95,50 bz
Schlesische	4	96,10 bz
Badische Präm.-Anl.	4	119,75 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	121,50 bz
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	111,60 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	72,90 B

Kurh. 40 Thaler-Loose 239,90 bz
Badische 35 Fl.-Loose 139,00 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,10 bzG
Oldenburger Loose 135,80 bz

Ducaten — —	Dollars — —
Sover. — —	Oest. Bkn. 173,75 bz
Napoleon 16,24 bz	do. Silbergd. 177 bz
Imperials 16,66 G	Russ. Bkn. 209,50 bz

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,60 B
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	95,00 bzG
do. do.	5	101,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	94,25 bzG
do. do. do.	5	100,00 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,10 G
Unkünd. do. (1872)	5	101,75 bz
do. rückzb. à 110	5	107,00 G
do. do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,00 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100,00 G
Hyp.-Anth. Nord-G.C.-B	5	93,00 bzG
do. do. Pfandbr.	5	93,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	96,50 bz
do. do. II. Em.	5	87,75 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,00 bz
do. do. II. Em.	5	105,25 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	100,00 B
do. 4½ do. do. m. 110	4½	92,50 bzG
Meininger Präm.-Pfdb.	4	104,75 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	37,50 bzG
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	92,90 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	95,50 G
do. do.	4½	94,00 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,40 bz
do. do. 4½%	4½	98,30 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silber-R. (1/1.1/7.)	4⅕	57,40 bz
do. (1/4.1/10.)		57,40 G
do. Goldrente	4	64,50 bzG
do. Papierrente	4⅕	55,50 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	102,00 etbzB
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	112,00 bzG
do. Credit-Loose	fr.	303,00 bzG
do. 64er Loose	fr.	254,00 G
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	157,25 bz
do. do. 1866	5	156,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	74,60 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	77,70 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	63,60 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	57,50 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,70 G
do. do. 1885	6	99,70 bzB
do. 5% Anleihe	5	103,20 etbzG
Ital. neue 5% Anleihe	5	75,40 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	103,20 etbzB
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	72,00 B
Rumänische Anleihe	8	98 bz
Türkische Anleihe	5	15,60 bz
Ungar. Goldrente	6	80,00 bzB
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	73,10 bzB

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 39,25 bz
Türken-Loose 45,40 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,25 B
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,00 bz
do. do. VI.	4½	99,60 G
do. Hess. Nordbahn	5	103,50 B
Berlin-Görlitz	5	102,40 bzB
do.	4½	84,00bBC88,25 bzG
Breslau-Freib. Lit. DEF.	4½	97,50 G
do. Lit. G.	4½	95,60 B
do. do. H.	4½	— —
do. do. J K.	4½	93,20 G
do. von 1876	5	101,00 bzB
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	— —
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	94,00 bzG
do. V.	4	92,20 B
Halle-Sorau-Guben	4½	101,25 bz
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,25 G
do. do. II. Ser.	4	95,50 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	96,90 B
do. do. III. Ser.	4	95,50 bz
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85,10 bzG
do. F.	4½	100,25 bzG
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	101,00 bz
do. von 1869	5	101,10 bzB
do. von 1873	4	91,20 bz
do. von 1874	4½	99,75 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	94,30 G
do. do.	5	102,90 bz
do. Stargard-Posen	4	92 G
do. do. II. Em.	4½	99,75 G
do. do. III. Em.	4½	99,75 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	99,30 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	100,25 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,75 G
Dux-Bodenbach	5	65,25 bz
do. II. Emission	5	55,60 bz
Prag-Dux	fr.	20,50 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	87,30 bzG
do. do. neue	5	86,50 bzG
Kaschau-Oderberg	5	64,10 bzG
Ung. Nordostbahn	5	59,80 bzG
Ung. Ostbahn	5	56,90 bz
Lemberg-Czernowitz	5	70,00 bzG
do. do. II	5	70,00 bzG
do. do. III.	5	64,75 bzB
do. do. IV.	5	60,20 B
Mährische Grenzbahn	5	53,20 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	19,90 G
do. II.	fr.	17,20 bz
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	67,30 bzG
Oesterr.-Französische	3	334,80 G pSiF.
do. do. II.	3	322 G "
do. südl. Staatsbahn	3	242,70 bG pSiF.
do. neue	3	243,00 G "
do. Obligationen	5	81,30 bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	82,90 bz
Warschau-Wien II.	5	97,00 bzG
do. III.	5	92,75 bz
do. IV.	5	83,50 G
do. V.	5	78,00 bz

Wechsel-Course.

		Zf.	Cours
Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3½	168,35 bz
do. do.	2 M.	3½	167,40 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,25 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	80,95 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	207,75 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	209,25 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	173,55 bz
do. do.	2 M.	4½	172,20 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien

Divid. pro	1876	1877	Zf.	Cours
Aachen-Mastricht	1	½	4	17,10 bz
Berg.-Märkische	3¾	3⅓	4	73,75 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	88,50 bz
Berlin-Dresden	0	0	4	13,70 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	19,50 bzB
Berlin-Hamburg	11	11½	4	184,00 bzB
Berl.-Potsd.-Magdb.	3½	3½	4	77,25 bzG
Berlin-Stettin	8 9/10	7 1/10	4	113,00 bzG
Böhm. Westbahn	5	5	5	74,40 bzG
Breslau-Freib.	5	2½	4	58,25 bz
Cöln-Minden	5⅙	5 1/20	4	107,90-107,75
Dux-Bodenbach. B	0	0	4	14,60 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9	4	113,25 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	11,80 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	10,10 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	5	46,75 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	54,30 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	181,40 bz
Märk.-Posener	0	0	4	19,90 bz
Magdeb.-Halberst.	8	8	4	120,60 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	5	5	72,40 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,60 bzG
Oberschl. A.C.D.E.	9⅔	8½	3½	127,00 etbzG
do. neue (50% Einz.)	—	—	5	— —
do. B.	9⅔	8½	3½	118,00 G
Oesterr.-Fr. St.-B.	5⅖	6	4	451,00-53,00
Oest. Nordwestb.	5	4,15	5	191,00 bzG
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	134,00-4,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	66,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	6⅓	4	106,00 bzG
Reichenberg-Pard.	4½	4	4½	37,25 bzG
Rheinische	7⅕	7	4	110,25 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93,25 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	8,00 bzG
Rumän. Eisenbahn	1	2	4	33,70-34,10
Schweiz Westbahn	8/5	0	4	15,60 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,00 bzB
Thüringer Lit. A.	9¼	7½	4	114,00 bzG
Warschau-Wien	8⅔	5	4	166,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

	1876	1877	Zf.	Cours
Berlin-Görlitzer	0	0	5	45,00 bzB
Breslau-Warschau	0	0	5	21,00 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	33,60 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	23,30 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	17,75 G
Märkisch-Posener	3¾	4¾	5	83,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	75,75 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	101,50 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	94,75 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	6½	5	110,50 bzG
Rumänier	8	8	8	85,00 bzB
Saal-Bahn	0	0	5	16,90 bz
Weimar-Gera	0	0	5	16,50 G

Bank-Papiere.

	1876	1877	Zf.	Cours
Alg. Deut. Hand.-G	0	2	4	32,50 G
AngloDeutscheBk.	0	0	4	32,10 G
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 4/15	4	147,75 B
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	57,75 bzG
Brl. Prd.- u. Hdls.-B.	6½	6	4	81,00 G
Braunschw. Bank	5	3	4	83,90 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	3	4	69,30 G
Bresl. Wechslerb.	5⅔	5⅓	4	69,50 B
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	72,50 bz
Danziger Priv.-Bk.	7	6	4	107,00 B
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	118,10 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	98,30 bz
Deutsche Bank	6	6	4	105,75 bzG
do. Reichsbank	6⅓	6,29	4½	154,00 bzG
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	87,00 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	129,60 bzB
do. ult.	4	5	4	128,75-29,75
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	89,75 bzG
do. junge	5½	5½	4	93,50 G
Goth. Grundcredb.	8	8	4	102,00 bzG
Hamb. Vereins-B.	10	10⅝	4	123,60 G
Hannov. Bank	5 14/15	6	4	102,50 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	5½	6	4	83,25 B
Ludw.-B. Kwilecki	6⅓	—	4	55 B
Leipz. Cred.-Anst.	6	6⅔	4	108,25 bzG
Luxemburg. Bank	6	6½	4	103,00 bzB
Magdeburger do.	6	5 9/10	4	107,00 B
Meininger do.	2	2	4	81,60 G
Nordd. Bank	8	8½	4	140,00 G
Nordd. Grundcr.-B.	8	5	4	69,00 B
Oberlausitzer Bk.	1⅓	3	4	58,50 G
Oest. Cred.-Actien	11¼	8⅛	4	433½-39
Posner Prov.-Bank	6½	6½	4	99,50 bzG
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	96,50 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,75 bzG
Sächs. Bank	8	5¾	4	104,75 G
Schl. Bank-Verein	5	5	4	79,80 bzG
Weimar. Bank	0	0	4	38,50 bzG
Wiener Unionsbk.	11 1/16	3½	5	116 bz

in Liquidation.

	1876	1877	Zf.	Cours
Berliner Bank	—	—	fr.	8,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	27 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	— —
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	19,00 G
Gwb. Schuster u. C.	2	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	2	—	fr.	10 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	105,00 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	55,50 G
Thüringer Bank	0	0	4	73,00 bz

Industrie-Papiere.

	1876	1877	Zf.	Cours
Berl. Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	570 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	6,30 bzG
do. Reichs-u. Co.-E.	0	0	4	71,00 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	0	4	19,75 bz
Nordd. Gummifab.	5	4	4	48,00 G
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	0,25 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12⅚	8	4	94,50 bzG
Schles. Feuervers.	18	25	4	825 G
Donnersmarkhütt.	2	3	4	24,00 G
Dortm. Union	0	—	4	6,50 G
Königs- u. Laurah.	2	—	4	75,40 bz
Lauchhammer	0	—	4	17,50 bz
Marienhütte	6	3	4	46,00 bzG
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Redenhütte	0	—	4	1,00 bz
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	— —
Schl. Zinkh.-Actien	7	6½	4	85,75 bzG
do. St.-Pr.-Act.	7	6½	4½	94,00 G
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	37,50 bzG
Vorwärtshütte	0		4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	5,00 B
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅖	1	4	45,00 G
do. ver. Oelfabr.	3½	—	4	46,00 B
Erdm. Spinnerei	0	0	4	15,00 B
Görlitz. Eisenb.-B.	1⅚	—	4	44,75 bz
Hoffm's Wag. Fabr.	0	0	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	22,00 bzG
Schl. Leinenind.	5½	—	4	63,00 G
do. Porzellan	0	1½	4	34,00 G
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	18,00 G

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. (In Vertretung: Karl Pröll.)
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.